Deutscher Reichstag.

(Bericht der „Saale-Zeitung".)

2. Sitzung vom 23. November 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die **Wahl des Präsidiums** und der **Schriftführer**.

Auf Vorschlag des Abg. Dr. v. Marquardsen (nl.) werden Abg. v. Levetzow zum Präsidenten, Abg. Graf Ballestrem zum ersten, Abg. Dr. Baumbach zum zweiten Vicepräsidenten durch Zuruf gewählt.

Präsident v. Levetzow: Ich nehme die Wahl mit Dank an. Sie stellen mich auf einen Platz, den ich seit 11 Jahren einnehme. Mit jeder Wiederwahl wächst meine Dankbarkeit für die erwiesene Ehre. Da ich der alte geblieben bin, nicht schlechter, aber leider auch nicht besser, so kann ich nur die Versicherungen und die Versprechungen wiederholen, die ich früher bei gleicher Gelegenheit abgegeben habe, mein Amt nach Recht und Pflicht zu erfüllen. Ich werde meines Amtes walten niemandem zu lieb, niemandem zu leid. (Beifall.)

Ebenso werden zu Schriftführern ernannt: Dr. Hermes, v. Buol, Schmidt (Elberfeld), v. Kleist-Schmenzin, Wichmann, Merbach, Dr. Borsch, Schneider (Hamm).

Zu Ehren der inzwischen verstorbenen Mitglieder erheben sich die Mitglieder von den Sitzen.

Eingegangen ist eine Interpellation Petri, betr. die Straßburger Schießaffaire.

Reichskanzler Graf Caprivi: Die beiden Militärvorlagen stehen in einem innern Zusammenhange. Ich bin mir bewußt, daß es ungewöhnlich ist, vor der ersten Lesung Vorlagen redend einzuführen. Nichtsdestoweniger habe ich es für meine Pflicht gehalten, um das Wort zu bitten, einmal um der Bedeutung der Sache willen, und dann, weil die Militärvorlage die öffentliche Meinung lange beschäftigt und diese sich vielfach in Details verloren hat, weil sie die Vorlage und die Motive nicht kannte. Ich hoffe, die öffentliche Meinung zu überzeugen, daß es sich hier nicht um Fragen handelt, die vom Parteistandpunkte abhängen, sondern um Fragen, von denen die Zukunft Deutschlands abhängt. Die verbündeten Regierungen sind sich der Verantwortung, die sie mit der Vorlage übernehmen, klar bewußt, es ist ihnen nicht leicht geworden, der Nation Forderungen zuzumuthen, die zwar nicht unerschwinglich, aber doch sehr hoch sind. Die Regierungen sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß der jetzige Zustand nicht länger dauern kann. Sie brachten die Vorlage ein trotz der schweren Lasten, die sie erfordert, trotz der Unruhe, die dadurch in Deutschland hervorgebracht wird und trotz der ernsten Gefahr, die durch eine Ablehnung der Vorlage für Deutschland entstehen würde. (Hört, hört! rechts.) Bei Annahme der Vorlage wird der 1. Okt. 1893 der erste Termin sei, wo sie zur Durchführung gelangt. Die volle Wirkung wird erst nach 20 Jahren eintreten.

Man hat eingewandt: kann man die Sache nicht aufschieben? Wir leben doch in einer Zeit, in der erhebliche Zweige der Volkswirthschaft mehr oder weniger zu leiden haben, wir stehen vor vermehrten Ausgaben, die die soziale Gesetzgebung nöthig macht, und wir befinden uns in einem Moment, wo der größte Staat des Deutschen Reiches im Begriff ist, seine Finanzen zu reformiren. Wenn wir aber auch in einer wirthschaftlichen Depression leben, so ist die Wirkung der Vorlagen auf so lange Zeiträume berechnet, daß sie sich auch auf bessere Zeiten erstrecken wird. Hätten wir jetzt diese bessern Zeiten, so würden wir in ebenso befürchten können, die Wirkung würde sich auch auf schlechtere Zeiten erstrecken. Aber jedes Jahr, wo wir Anstand nehmen, die Rekruteneinstellung zu vermehren, ist nicht wieder einzubringen. Die verbündeten Regierungen waren daher der Meinung, daß es unverantwortlich sein würde, die Vorlage jetzt nicht einzubringen.

Eine Vorlage von solcher Tragweite kann nicht mit kleinen Dingen motivirt werden. Ich kann nicht mit Kriegsnoth aufwarten, nicht mit Säbelgerassel. (Beifall.) Ich will mich jeder Schwarzmalerei enthalten und, so weit es meiner Kenntniß der Sachlage entspricht, die reine Wahrheit sprechen. (Beifall.) Die deutsche Regierung lebt in normalem und freundschaftlichem Verhältniß mit allen andern Regierungen. Es ist uns seit der Zeit, wo ich an dieser Stelle stehe, von keiner einzigen Regierung schwer gemacht worden, die Würde und Ehre Deutschlands dem Auslande gegenüber zu repräsentiren.

Es ist uns früher gesagt worden, die deutsche Nation ist satt, wir haben kein anderes Ziel, als den Frieden zu erhalten, und es ist ein treffendes Wort von Seiner Majestät gewesen, das er bei der Besitzergreifung Helgolands gesprochen hat, daß dies das letzte Stück deutscher Erde sei, nach dem unser Sinn gestanden.

Nun ist mir auch von wohlmeinenden und patriotischen Männern die Ansicht entgegengetreten: Die Rüstung, die wir tragen, ei auf die Dauer unerträglich; thäten wir da nicht besser, dem Zustande ein Ende zu machen, indem wir selbst zum Schwerte griffen, den günstigen Moment wählten und durch einen glücklich geführten Krieg uns wieder einen Frieden auf 20 Jahre sicherten? Die verbündeten Regierungen und das deutsche Volk würden bei näherer Ueberlegung diese Ansicht niemals acceptiren. Abgesehen von militärischen Bedenken, stehen auch sachliche Bedenken der Durchführung solcher Ideen im Wege. Man kann einen Krieg politisch defensiv und militärisch aggressiv führen. Es kann auch umgekehrt der Fall sein. Aber ein Präventivkrieg, wie er von manchen Seiten vorgeschlagen wird, würde haben nicht den Wunsch, von Frankreich auch nur einen Quadratkilometer uns anzueignen. Wir würden in Verlegenheit gerathen, wenn wir undeutsche Menschen dem Deutschen Reiche einverleiben. Wir haben in dem Gewinn von Millarden in mancher Beziehung auch ein Haar gefunden (Heiterkeit). Und was Kolonien betrifft, so haben wir an unsern eigenen genug (Zustimmung). Als wir 1870 die Grenze überschritten, konnten wir 8 französischen Armeecorps 17 Armeecorps entgegenstellen. Im nächsten Kriege würde es uns nicht so leicht werden, denn wir würden dann mindestens ebenso viele Armeecorps finden, wie wir haben, und hinter diesen noch eine Reservearmee, die dieienige zu Gambetta's Zeiten weit übertreffen würde. Dann müssen wir aber auch noch damit rechnen, daß Theile unserer Armee in den Garnisonen an der russischen Grenze zurückbleiben müssen. Falls wir siegen, stoßen wir auf eine Linie von Sperrforts an der Maas und Mosel, deren Ausrüstung von Jahr zu Jahr sich gebessert hat, und dann kommen die französischen Festungen Verdun, Toul, Epernay, von denen jede einzelne stärker ist als Metz und Straßburg 1870 waren. Wir nehmen nun diese Festungen und schlagen sogar auch die Reserve-Armee und unser Marsch geht auf Paris. Aber wir finden nicht das Paris von 1870, sondern eine Festung, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. Aber selbst mit Paris werden wir fertig; wir kommen nun zum Frieden. Werden wir dann wirklich zwanzig Jahre lang Ruhe genießen? Würden wir nicht in der Lage sein, von neuem zu rüsten, und zwar in einer Weise, die weit kostspieliger wäre als jetzt? Denn wenn wir erschöpft aus einem solchen Kriege kommen würden, würden nicht andere Leute da sein, die geneigt wären, von unserer Schwäche Vortheil zu ziehen? Ich bin der Ueberzeugung, daß niemals von Deutschland ein solcher prophylaktischer Krieg wird geführt werden können.

Ich möchte nun eine Thatsache berühren, die die Gemüther vielfach erregt hat und die sich auf Publikationen von 1870 bezieht. Man hat behauptet, Deutschland und in erster Linie Fürst Bismarck habe gewisse Manipulationen, man ist sogar bis zum Ausdrucke „Fälschung" gegangen, nämlich Depeschen-Aenderungen, vorgenommen. (Abg. Bebel: Sehr richtig!) Danach müßte man die Ueberzeugung haben, daß alles, was wir seit zwanzig Jahren geglaubt haben, eitel Lug und Trug ist. Ich bin auf Grund aktenmäßigen Materials in der Lage, den Beweis zu führen, daß Deutschland Frankreich nicht provocirt hat, daß Fürst Bismarck die Depesche nicht gefälscht hat, und daß nicht, wie einige Journale behaupten, der alte Kaiser Wilhelm zu persönlich gewesen sei, oder vielleicht im Verkehr mit den Franzosen den Accent nicht getroffen habe, der dem berechtigten Bewußtsein der deutschen Nation entspracb. Die Erzählung der Vorgänge in Ems ist niedergelegt in einem pro memoria, das Fürst Radziwill am Abend des 13. Juli geschrieben hat. Dasselbe ist dem Auswärtigen Amte erst am 17. zugegangen. Die echte, von Geheimrath Abeken verfaßte Depesche ist aufgegeben am 13. Juli 1870 3 Uhr 50 Min. nachmittags in Ems und ist angekommen in Berlin 6 Uhr 9 Min. nachmittags. Sie lautet:

Se. Majestät der König schreibt mir: „Graf Benedetti hielt mich auf der Promenade an, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich solle ihn autorisiren, sofort zu telegraphiren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Ich wies ihn zuletzt etwas ernst zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich, daß ich noch nichts erhalten hätte und Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich."

Es bezieht sich das darauf, daß Benedetti dem König sagte, er wisse aus Madrid und Paris, daß die Hohenzollernsche Kandidatur zurückgezogen sei. — Nun führt Abeken fort:

„Se. Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten bekommen — der Fürst ist der alte Fürst von Hohenzollern — und Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erhalten hat. Allerhöchstderselbe hat mit Rücksicht auf die Zudringlichkeit und insbesondere auf den Bericht über meinen Vortrag beschlossen, Graf Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm durch den Adjutanten sagen zu lassen, daß er jetzt die Bestätigung vom Fürsten erhalten, die er selber aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe. Se. Majestät stellt Euer Excellenz — das ist der damalige Bundeskanzler Fürst Bismarck — anheim, ob nicht die neue Forderung Benedetti's und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unserm Gesandten als in der Presse mitgetheilt werden soll."

Fürst Bismarck führte den Befehl des Monarchen aus, indem er die Depesche an die Gesandten in Stuttgart, München uhd. schickte. In demselben Wortlaute ging sie nach London, Brüssel, Petersburg usw. ab. Kaiser Wilhelm war, wie außerdem noch aus einer Depesche an den londoner Botschafter hervorgeht, nicht der schwache Mann, sondern hat in seiner treuen Pflichterfüllung das Richtige getroffen. (Beifall.) Und daß Europa die Sache so auffaßte, wie der Kaiser und ganz Deutschland, zeigen die Depeschen, welche offiziell aus London und Petersburg über diesen Fall in Berlin eintrafen. Nicht allein in Deutschland, sondern auch außerhalb Deutschlands war die Ansicht herrschend, daß für Frankreich kein Grund vorliege, mehr zu verlangen. Wenn es mehr verlangte, so wolle es entweder den Krieg oder die Demüthigung Deutschlands. Daß es das letztere nicht erreicht hat, verdanken wir den Männern, die damals an der Spitze gestanden haben. (Beifall.)

Diese Sache ist auch augenblicklich von Belang. Wenn wir Deutschland in seiner Wehrkraft verstärken und versichern, daß dies keinen Aggressivzweck habe, sondern daß es nur zu Selbstvertheidigung geschähe, so ist es nicht gleichgiltig, ob gleichzeitig von anderer Seite der Verdacht erhoben wird, als hätten wir vor 20 Jahren eine andere Absicht gehabt. Um der Güte der deutschen Regierung willen habe ich darauf Werth gelegt, die Depesche der Oeffentlichkeit zu übergeben. Vergegenwärtigen wir uns, daß, nachdem wir 1870 bis an die äußerste Grenze des Möglichen gekommen waren, wir doch ohne jeden äußern Anlaß den Krieg bekommen haben! Was geschehen ist, kann wieder geschehen und das ist eine Mahnung an uns, die Hand nicht in den Schooß zu legen, sondern auf dem Posten zu sein. Wenn sich die Neigung der Franzosen, den Frankfurter Frieden nicht als definitiv anzusehen, auch hauptsächlich an die Worte Elsaß-Lothringen knüpft, so glaube ich, auch wenn Elsaß-Lothringen nicht genommen worden wäre, wäre der französische Revanche-Gedanke doch lebendig gebliben. Unsere westlichen Nachbarn leben im Kriege den Ruhm, und sie haben das Talent, die Dinge geschmackvoll einzukleiden. Wenn sie von Elsaß-Lothringen sprechen als den beiden Töchtern, die von der Mutter losgerissen sind, so ist das ein hübsches Bild, aber auch ohne dieses Bild hätten wir den Revanche-Gedanken. Zu der Weise wie die französischen Rüstungen sich seitdem der Vollendung nähern, ist das Selbstbewußtsein der Franzosen gestiegen und sind sie bündnißfähiger geworden. Wenn Frankreich ein Bündniß schließt, so ist der letzteude Gedanke dabei, eine Revision der europäischen Karte vorzunehmen. Es ist zweifellos, daß ein solches Bündniß nicht wie das unsere, einen defensiven Charakter haben würde.

Anders liegen die Verhältnisse nach der andern Grenze hin. Von altersher besteht zwischen Rußland und Deutschland Freundschaft. Es ist zwischen beiden Ländern nicht der mindeste reale Streitpunkt vorhanden, und ob Rußland geneigt sein sollte, von uns etwas zu begehren zu einer Zeit, wo es mit seinen eigenen Angelegenheiten vollauf beschäftigt ist, ist auch nicht anzunehmen.

Wenn irgend ein Moment Bürgschaft für den Frieden giebt, so liegt die Bürgschaft in der Person des russischen Kaisers, und ich kann es auf Wunsch und mit Autorisirung aussprechen, wie Kaiser Alexander die seltene und loyale Politik unseres Kaisers zu würdigen weiß, und ich wünsche, daß diese Ansicht so weit getheilt würde, daß unsere Presse Anstand nehme, sich an der Person des russischen Monarchen zu vergreifen. Ich habe vor einigen Wochen mit Bedauern eine Zeichnung in einem Witzblatte gesehen, die geeignet war, die hohen Herren, gelinde gesagt, in ein falsches Licht zu bringen. Ich bedaure, daß unser Preßgesetz dagegen keine Handhabe bietet (Heiterkeit).

Aber haben wir auf der einen Seite die Wagschale des Friedens, so liegen auf der andern Wagschale gewisse Kriegsströmungen, die jene immer herunterziehen. Es ist in den weitesten Kreisen in Rußland eine Mißstimmung gegen uns vorhanden, deren innere Gründe nicht erschöpfend sind. Diese Mißstimmung datirt seit dem Türkenkriege und ist gesteigert mit den Erfolgen, die mein Herr Amtsvorgänger selbst im Interesse Rußland errungen hat. Wir müssen mit dieser Mißstimmung rechnen. Rußland ist gewöhnt, mit großen Zeiträumen zu rechnen, auch die russische Militärverwaltung, und sie geht deswegen langsam aber besonnen und zielbewußt vor; sie ist mit ihrem Präsenzstande jetzt auf 1 Prozent der Bevölkerung angekommen und wird noch weitergehen. Nicht daß das, was geschehen ist, darauf schließen läßt, daß wir in naher Zeit vor einem Kriege mit Rußland stehen, aber es läßt darauf schließen, daß Rußland glaubt, sein nächster Krieg werde nicht nach Süden, sondern nach Westen gehen. Zielbewußt geht die russische Militärverwaltung in ihren Dispositionen weiter und wird von dem Bestreben geleitet, den Mängeln des russischen Eisenbahnnetzes dadurch abzuhelfen, daß die Diskokationen sich dem Eisenbahnnetz anschließen. Zielbewußt hat die russische Regierung ihre Kavalleriemassen an unsere Grenzen gelegt. Ist auch augenblicklich keine Gefahr vorhanden, so machen uns doch alle diese Vorgänge es zur Pflicht, mit einem Kriege zu rechnen. Bei aller Hochschätzung des Kaisers von Rußland dürfen wir es doch nicht vergessen, daß selbst in der Zeit, wo der alte Kaiser Wilhelm in bester Freundschaft mit dem Zaren Alex. Fürst Bismarck von einer Kriegsdrohung Rußlands sprechen konnte. Der Kaiser kann als Souverän eines großen Staates in die Lage kommen, einen Krieg führen zu müssen.

Es ist uns der Vorwurf gemacht worden, daß wir den Draht zerrissen hätten, der uns mit Rußland zusammenhielt. Das ist durchaus nicht richtig. Wir müssen allerdings darauf sehen, daß uns dieser Draht nicht den Strom aus derjenigen Leitung nimmt, der uns mit den andern Ländern verbindet. Zweifellos besteht zwischen Rußland und Frankreich eine Annäherung, die in letzter Zeit sichtbarer hervorgetreten ist. Beachtenswerth sind in dieser Richtung die Aeußerungen der russischen Presse. Solche Aeußerungen sind nicht blos als Druckerschwärze da, wo die Staatsgewalt so groß ist, daß die Regierung ja jede Aeußerung leicht unterdrücken kann. Ich erinnere auch an den vielbesprochenen Artikel in einer französischen Zeitung „Kirt an alliance". Bei diesen gegenseitigen Verbrüderungsfesten fliegen ja öfter einige Funken über unsere Köpfe weg. Dem gegenüber haben wir allen Anlaß, unsere Löschgeräthe in Stand zu halten, und wenn sie nicht vollzählig sind, sie zu ergänzen. (Beifall rechts.)

Wir sind genöthigt, uns die Frage vorzulegen: ist unsere Wehrkraft dem noch gewachsen? Wenn wir unsere Wehrkraft verstärken und dabei noch an Rußland denken, so liegt darin nicht das geringste Moment, das für Rußland gedrohlich sein könnte. 1815, als wir aus einer in Gemeinschaft mit Rußland gemachten Campagne zurückkehrten, haben wir auch unsere Festungen gerade nach der russischen Seite hin verstärkt und später unser Eisenbahnnetz nach dieser Richtung hin ausgebaut. Daß es bei einem zukünftigen Kriege sich um einen solchen mit zwei Fronten handeln wird, war schon in der Vorlage von 88 ausgesprochen worden. Wenn Rußland die Neigung haben sollte, uns mit Krieg zu überziehen, so würde ihm natürlich das Bündniß von Frankreich zur Verfügung stehen. Ob Frankreich ebenso schnell auf Rußland rechnen kann, weiß ich nicht. Aber immerhin würden wir unsere Streitkräfte an der Grenze stehen lassen müssen.

Nun hat man gesagt, zu einem Kriegsfall mit zwei Fronten werden wir niemals stark genug werden. Das ist doch kein richtiges Prinzip. Denn es würde doch heißen: Wenn wir mit Uebermacht angegriffen werden, so wollen wir uns gar nicht vertheidigen. Das ist für Deutschland ein unmöglicher Fall (sehr richtig!). Haben wir nicht nach 1807—1813 mannhörtlich die Wehrkraft vermehrt trotz der großen Uebermacht des Feindes? Welcher heilige Zorn würde sich von den Zungen der Männer jener Jahre ergießen, wenn wir, weil wir nicht so stark werden können wie die Feinde, die Vertheidigung aufgeben wollen! Unsere Wehrstellung hängt von unserer militärischen Leistungsfähigkeit ab. Je stärker wir sind, desto eher können wir in schwierigen Fällen auf Bundesgenossen rechnen.

Wir können in schon heute auf Bundesgenossen rechnen, deren Werth ich sehr hoch schätze. Der Dreibund ist vielleicht bei keiner der drei Nationen so hoch geschätzt, wie bei uns, und die Nation rechnet das Zustandekommen dieses Bündnisses meinem Amtsvorgänger als unvergängliches Verdienst an. (Beifall.) Aber ist auch der Dreibund als Ganzes stark genug? Von militärischer Seite wird der Nachweis geführt werden, daß das nicht der Fall ist, daß der Dreibund nicht die Militärzahl aufbringen kann, wie Rußland und Frankreich. Es sind bei der Erörterung dieser Fragen Ansichten zum Vorschein gekommen, die, wenn sie ein Offizier aussprächte, es zu Wege brächten, daß er zum Examen für die Kriegsakademie nicht zugelassen würde. Jeder Koalitionskrieg hat seine Schattenseiten. Schon daß die Schweiz zwischen uns und Italien liegt, ist im Stande, das gemeinsame Operiren zu erschweren. Man verlangt, Deutschland solle einmal in seiner Rüstung ruhen und Oesterreich und Italien antreten lassen. Das wäre das Verkehrteste, was wir thun könnten. Die deutsche Regierung hat sich von jeher gescheut, sich in die innern Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen. Wir würden damit nur Verstimmung hervorrufen. Ueberdies lassen sich solche Bündnisse in Bezug auf die Truppenzahl gar nicht kontingentiren. Das läßt sich nur für ein Bündniß thun, das für den Krieg und nicht wie das unsrige für den Frieden geschlossen ist. Immer wird das bestehen bleiben, daß im Dreibunde, wenn es zum Kriege kommt, die Hauptlasten auf unsere Schultern zu liegen kommen. Darin liegt insofern keine Unbilligkeit, als wir von den drei Staaten der einzige sind, der nach zwei Fronten zu schlagen hat.

Deutschland hat nicht mehr die militärische Suprematie wie 1870 und 71. Zwar hat Deutschland seit jener Zeit nicht auf seinen Lorbeeren ausgeruht, und die deutschen Verwaltungen haben mit Fleiß gearbeitet, und auch vom Reichstage ist das Möglichste geschehen, um die Mittel zu beschaffen. Aber ist es nicht natürlich, daß nach einem großen und schweren Kriege, der bald auf zwei andere große gefolgt ist, der Sieger weniger Neigung hat, Opfer zu bringen als der Besiegte? Der Sieger kommt mit dem Gefühle zurück, daß er satt ist, wir Deutschen überdies noch mit dem Gefühle, unsere Einigkeit errungen zu haben, und man glaubt, daß das große Volk eine große Armee wird aufstellen können, ohne den einzelnen allzuschwer zu belasten. Wenn die deutsche Suprematie nach und nach zurückgegangen ist, so liegt das daran, daß unsere Nachbarn ihre Wehrkraft so gesteigert haben, wie es nicht vorauszusehen war. Schritt für Schritt hat man dort systematisch die Wehrkraft gestärkt. Wir scheuten uns, wir nahmen Rücksicht auf finanzielle und wirthschaftliche Verhältnisse, Rücksichten, die uns mit den Augen niemals rechts, niemals links blicken ließen, um nur einen kleinen Schritt vorwärts zu machen, so daß wir immer nachhinkten. So sind wir zu Nothgesetzen gekommen, die wirksam wurden in dem Augenblick, wo man glaubte, vor einem nahen Kriege zu stehen. Da wir aber jetzt nicht vor einem nahen Kriege stehen, so schlagen wir vor, langsam vorzugehen. Man hat früher die Zahl der Dispositionsurlauber vermehrt, dann die Ersatzreserve geschaffen und 1888 das zweite Aufgebot wieder hergestellt. Das waren aber alles doch nicht wirksame Mittel. Man verlängerte die Dienstpflicht auf 39 Jahre und dehnte die Landsturmpflicht auf das 45. Lebensjahr aus. Aber damit war der Uebelstand nicht beseitigt. Es waren in Bezug auf die Dienstpflicht Ungleichheiten in derselben Compagnie vorhanden. Es dienten dort Leute, die drei Jahre, die zwei Jahre und die ein Jahr ausgebildet waren, sowie die Ersatzreservisten. Das waren Momente, die das Volksbewußtsein im Truppentheile verletzten und die nicht imstande waren, die Liebe zur Armee zu erhalten und die Leute in der Ansicht zu bestärken, daß die Vertheidigung des Vaterlandes die höchste Ehre des Mannes ist.

Dadurch entstand ein Streben, möglichst loszukommen, und dieses Streben lähmte die Armee im innersten. 1889 erkannte man die Nothwendigkeit einer Reform dahin, daß es möglich wäre, beim ersten Ausbruch des Krieges nur junge Leute vorzuschicken. Der Kriegsminister v. Verdy begründete seine Pläne

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18921124020/fragment/page=0001

n einer Sitzung des Staatsministeriums, in der konstatirt wurde, daß sich die Kosten der Reform auf hundertundsiebzehn Millionen Mark belaufen würden. Fürst Bismarck äußerte damals, daß es sich bei dieser Vermehrung nicht um eine einmalige Abwehr einer augenblicklichen Bedrohung, sondern um eine dauernde Abwehr einer etwaigen Bedrohung handele. Das Staatsministerium theilt darauf eine zweite Sitzung ab, und es wurde die Nothwendigkeit der vollen Ausnutzung der Wehrkraft anerkannt. Ich stehe noch auf demselben Standpunkte. Nach den Windthorst'schen Resolutionen konnten wir ja das Projekt nicht durchsetzen. Wir waren genöthigt, uns den Verhältnissen anzupassen und den Versuch zu machen, unsere Pläne auf das unumgänglich Nothwendige zu beschränken, um den wirthschaftlichen und finanziellen Verhältnissen gerecht zu werden. Dieser Gedanke hat in den beiden Vorlagen Ausdruck gefunden.

Wir haben auch heute noch die personelle Ueberlegenheit über jede Armee. Unser Offizier, unser Unteroffizier ist besser als der jeder andern Armee. Aber was uns fehlt, ist die Stärke und die Organisation. Wir wollen verstärken, verjüngen und verbessern. Es sind erhebliche Zahlen, die wir fordern, aber wir glauben anders nicht auskommen zu können. Man hat in der Presse mein Wort von der rage de nombres (Zahlenwuth) ausgebeutet. Wenn man nun auch hohen Werth auf die Güte der Truppentheile legt, so kommt man doch zuletzt auf ein Maß, wo die Zahl auch zum Ausdruck kommt, und dazu kommt, daß wir eben genöthigt sind, mit einem Kriege mit zwei Fronten zu rechnen, und daß wir in Zukunft stärker sein müssen gegenüber den beiden Staaten, wie im französischen Kriege gegen Frankreich. Es wird ja schwer sein, alle diese großen Massen zu ernähren und zu bewegen, aber wir rechnen ja nicht darauf, daß alle diese Massen verbraucht werden. Wir meinen, daß zur Bewachung der Grenzen so viel abgeht, daß die übrig bleibende Zahl nicht so schwer zu ernähren und zu bewegen sein wird. Unser Bestreben geht dahin, die Alten zu Hause zu lassen. Wir wollen nicht schon an ersten Mobilmachungstage zur Landwehr greifen. Wenn wir höhere Zahlen bekommen, so werden wir die älteren Jahrgänge entlasten. Wir wollen nicht Zahlen schaffen, sondern Werthe. Warum sollen wir, wenn wir junge Leute haben, die ältern heranziehen? Die Zahl der eingestellten Jahrgänge muß größer werden. Es handelt sich bei der Frage, ob Landwehr oder Linie nicht darum, was die Landwehr geleistet hat, sondern darum, was man der Landwehr zumuthen kann.

Es sind Artikel in einer militärischen Zeitschrift erschienen, denen die Regierung und die Militärverwaltung fernstehen, die eine gewisse Unzufriedenheit und Aufregung hervorgerufen haben, indem man von der Ansicht ausging, es liege darin eine Verunglimpfung der Landwehr. Ich weiß nicht, wer den Artikel geschrieben hat. Ich kann aber aus ihm die Absicht der Verunglimpfung nicht herauslesen. Alle Leistungsfähigkeit hat ihre Grenze. Nach der Schlacht ist es schwer festzustellen, welche physischen und moralischen Einwirkungen auf die Truppe zum Ergebniß der Schlacht geführt haben. Aber immerhin sind wir doch genöthigt, uns zu fragen: ist es richtig, die Landwehr in erster Linie zu verwenden, oder besser, jugendliche Leute vorauszuschicken? Dem 22jährigen Soldaten wird im Mobilmachungsfall ein Gefühl der Freude fortreißen: denn man stellt sich die Sache ja poetischer vor als sie ist. Er wird des Lebens Aengste hinwegwerfen und geht freudig in die Schlacht. Und nun trifft diesen selben Menschen der Mobilmachungsfall im 32. Jahre, nachdem er geheirathet, ein Geschäft gegründet hat, das eben anfängt zu gehen. Er muß innerhalb 24 Stunden zur Truppe abgehen, es werden ihm Sachen angepaßt, die ihm nicht sitzen, alles ist ihm ungewohnt, er hat Weißbrot gegessen, jetzt soll er Kommißbrot essen, aber der Mann ist patriotisch und hält es aus; nun kommen die müheseligen Märsche, die Verpflegung wird immer schlimmer und inzwischen hat er von den Seinen Briefe bekommen, die voller Sorgen sind. Und dieser Mann, ungewohnt aller dieser Dinge, nachdem er eine Schlacht geschlagen hat, soll noch 400 m laufen und Hurrah schreien! Ich achte das Opfer, das der Mann dem Vaterland bringt, sehr hoch und das eiserne Kreuz auf der Brust des alten Soldaten als das höchste Ehrenzeichen, das ein Mensch tragen kann.

Aber trotz alledem kann ich nicht finden, daß in jenem Artikel Grund zur Entrüstung gefunden werden könnte. Die Landwehrleute befinden sich in den sog. Reservedivisionen, diese werden aber fast ausnahmslos mit der Linie mobil gemacht, und wir haben nicht die Mittel, diese Divisionen in den Festungen zu halten und sie nach und nach an das Kriegsleben gewöhnen zu lassen. Vom ersten Tage ab müssen sie alles mitmachen. Der Commandeur ist also vor die Alternative gestellt: Soll er das Tempo des Ganzen nach dem langsamen Tempo der Reservedivision oder nach dem schnellern der Linie richten? Es fehlt hier eben an Einheit und die wollen wir herbeiführen. In einer solchen Division kommen auf 3000 Köpfe 4000 Kinder. Diese wollen wir durch die Verjüngung verschonen. Bleibt es aber, wie es ist, so werden im zukünftigen Kriege mit zwei Fronten sogar zwei Drittel der Landwehr zweiten Aufgebots an den Küsten und Etappenplätzen, sowie im Felde im Dienst haben. Nur der Landsturm bleibt zur Besetzung der Festungen zurück. Nun sagt man, aber wir haben ja im nächsten Kriege 4 Millionen Soldaten. Sieben Achtel davon sind jedoch Neuformationen, denen von den stehenden Regimentern alles geliefert werden muß. Das führt zu verderblichen Wirkungen. Es wird zu viel aus der Truppe herausgezogen, schon am ersten Mobilmachungstage. Wir müssen also, um diese Uebelstände zu beseitigen, die Friedensformationen vermehren.

Ich komme nun zu den Mitteln, mit denen die Vorlage durchgeführt werden soll, der Bier- Branntwein- und Börsensteuer. Den Tabak haben wir fallen lassen, denn wir hatten keinen Grund, ihn bluten zu lassen, wenn die andern Steuern genügen. Durch die neue Biersteuer wurde auf den Kopf der Bevölkerung jährlich eine Mark und 1—2 Pfennige mehr entfallen, auf das Hektoliter würden 18 Pfennig, auf das Seidel nur 1/2 Pfennig mehr entfallen. Diese Summe ist gering, wenn man bedenkt, daß in Deutschland jährlich für Bier und Branntwein 2 Milliarden ausgegeben werden.

Militärisch wollen wir die Mittel aufbringen durch Zurückgreifen auf die allgemeine Wehrpflicht. Wir wollen sorgsam in der Auswahl sein und uns mit Leuten begnügen, die wir nach bestem Gewissen für brauchbar halten, wir gehen also nicht bis zum Aeußersten. Das Gesetz über die Ersatzvertheilung ist nothwendige Voraussetzung der andern Vorlage, weil sich beim Ersatzgeschäft so viel Uebelstände ergeben haben. In großen Städten, Handelsplätzen usw. ist der Ueberfluß an brauchbaren Leuten oft sehr groß. Z. B. schwankt das Verhältniß per Tausend zwischen 7,73 in Schwarzburg-Sondershausen und 13,3 in Hamburg, innerhalb Preußens sogar zwischen 7,71 und 10,35. In der Universität Göttingen waren einmal so viel Freiwillige, daß Rekruten gar nicht eingestellt werden konnten. (Heiterkeit).

Zweitens wollen wir die zweijährige Dienstzeit für die Fußtruppen ohne Aenderung der Verfassung und unter den nöthigen Kompensationen, obwohl wir die dreijährige lieber behalten hätten. Wir haben diese ja auch jetzt nur verstümmelt, und ferner wollten wir den wirthschaftlichen Interessen der Bevölkerung Rechnung tragen. Darum wollen wir die zweijährige Dienstzeit ohne Hintergedanken und Einschränkungen, das Nachdienen der Bestraften soll nur so weit erfolgen, als das Militärstrafgesetz es vorschreibt. Ohne Kompensationen ist die zweijährige Dienstzeit für die verbündeten Regierungen unannehmbar.

Wir wollen weiter statt der Etatsmaximalzahl die Durchschnittsziffer. Politisch bemerke ich dazu, daß, wenn wir eine variable Durchschnittsziffer bekommen, wir die Organisation weniger durchsichtig für das Ausland machen können. Unsere Nachbarn sind in der Lage, in Nancy und Warschau ihren Etat zu verstärken, ohne daß wir etwas merken.

Wir wollen ferner ganz absehen von der Uebung der Ersatzreserve, ausgenommen solche Leute, die für Verwaltungszweige eingezogen werden. Wir wollen ein Quinquennat. Wir bedürfen aus rein militärischen Gründen einer längern Frist, um die Reform durchzuführen. Wir wollen die Reform hinter einander schaffen.

Ich wende mich noch einmal zu den Windthorst'schen Resolutionen. Die erste sprach von den unerschwinglichen Kosten der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Wenn wir von 117 auf 57 Millionen zurückgehen, so trifft doch die Unerschwinglichkeit nicht mehr zu. Die zweite setzt sich gegen den Septennat. Sie hat ihre Bedeutung dadurch verloren, daß wir nicht allein auf die Offiziere, sondern auch aus militärischen Gründen auf die Unteroffiziere verzichten.

Wenn also der Reichstag die Neigung haben sollte, es auf einen Kampf auf Grund der Etatsstärke ankommen zu lassen, so würden Sie in dem, was hier kampfbar bleibt, immer noch genug Spielraum finden. Die dritte Resolution sprach von Vermehrung der Dispositionsurlauber, die vierte forderte die gesetzliche Einführung der zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen. Ich brauche darauf nicht mehr zurückzukommen.

Die Vorlage ist natürlich unwillkommen, sie ist auch von uns nicht gern gemacht. Aber eine Niederlage in einem Kriege würde doch das Allerunwillkommenste sein. Ich wünschte, daß jeder einzelne in der Nation sich darüber klar würde, welche schwere Schädigung eine solche Niederlage herbeiführen würde. Wir würden dann mit einer Milliarde bezahlen müssen, was wir heute mit einer Ausgabe von Millionen verhindern können. Weshalb werden denn die Ausgaben für den „Moloch des Militarismus", wie man es wohl nennt, gemacht? Doch nur damit jedem einzelnen Deutschen gegeben wird, was er braucht, um zu existiren, um uns vor einer Niederlage zu schützen. Auch der Aermste kann vom Feinde geschröpft werden, indem er zu unerträglichen Diensten herangezogen wird. Die Herren, die in der Einführung der zweijährigen Dienstzeit ein Abweichen von alten Traditionen erkennen wollen, möchte ich daran erinnern, daß bei einer Niederlage wahrscheinlich nicht mehr von zweijähriger Dienstzeit die Rede sein würde, sondern wir würden krümpern, wie unsere Väter von 1807 bis 1813. Eine Niederlage würde unsern Handel und Wandel, der einen großen nationalen Aufschwung genommen hat, schwer schädigen. Ebenso würde deutsche Kunst und deutsche Wissenschaft viel zu leiden haben. Die Zeiten sind vorüber, wo trotz Jena und Auerstädt deutsche Gelehrte und Dichter zu Hause sitzen konnten und ruhig weiter dichten. Bei einer Niederlage würde deutsche Kunst und Wissenschaft keiner großen Gefahr entgegengehen. Wir müssen politisch, materiell und kulturell einen Kampf ums Dasein führen, und wir müssen uns klar sein, daß es auch eine Pflicht gegen Gott ist, die das deutsche Volk hat, alles zu thun, was wir zu thun im Stande sind, um unser Volk zu erhalten. Der Ausfall der Deutschen würde durch keine andere Nation ersetzt werden können. Wir haben auch die Pflicht, unsern Staat zu erhalten, im Andenken an die Männer und Generationen, welche Deutschlandgeschaffen haben, an die vielen Tausende, die für die Schaffung Deutschlands geblutet haben. Soll man dermaleinst sagen können: die haben ihr Blut für Deutschland hingegeben, und ihr wollt nicht euer Geld geben? (Beifalls rechts, lebhafte Unruhe links und im Centrum.) Wir müssen den kommenden Generationen das Werkzeug zurechtlegen, mit dem sie das, was sie ererbt haben, noch einmal werden gewinnen können und müssen, um es zu besitzen. Wir würden bittere und gerechte Vorwürfe des kommenden Geschlechts verdienen, wenn wir etwas versäumten, was innlande ist, die Freude zu erhalten, die wir zuerst empfunden und kennen gelernt haben nach der Schaffung des einigen Deutschland.

Ich bitte Sie namens der Verbündeten Regierungen: Gehen Sie ohne Voreingenommenheit an die Prüfung der Vorlage, geben Sie der Nation das, dessen sie bedarf, damit sie, wenn sie wieder zu den Waffen gerufen wird, mit dem ruhigen Vertrauen kommen kann, daß sie, wenn uns auch ernste Kämpfe nicht erspart bleiben, dennoch an unserm endlichen Erfolg nicht verzweifelt, sondern in der Heimath wie im Felde das Gefühl hat, welches in dem Gedanken ausklingt: Lieb' Vaterland, kannst ruhig sein! (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Richter**: Der Herr Reichskanzler hat die Einbringung der Militärvorlage durch längere mündliche Ausführungen zu begründen versucht. Er hat dabei von dem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch gemacht, auch außerhalb der Tagesordnung das Wort zu ergreifen. Ein solches Recht aber schließt das Recht der Reichstagsabgeordneten nicht aus, dem Gehörten sofort eine Erwiderung zu theil werden zu lassen. Wir wollen von diesem Rechte heute keinen Gebrauch machen. Es geschieht dies aber nicht, weil die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers große neue Momente enthalten, welche die Stellungnahme zu den Vorlagen verändern können. Gewisse Einzelheiten zur Charakteristik der Amtszeit des Fürsten Bismarck waren ja interessant für die Diskussion, welche sich in der Oeffentlichkeit schon daran angeknüpft hatte. Abgesehen aber von diesen Dingen, welche mit der Vorlage unmittelbar nicht zusammenhängen, sind dieselben Ausführungen über die auswärtige Lage auch früher schon gemacht worden; auch der Hinweis darauf, daß aber Sieg oder Niederlage nicht die bereits vorhandenen 4 Millionen deutscher Kriegssoldaten entscheiden sollen, sondern die hier streitigen und neugeforderten, ist bei solchen Gelegenheiten herkömmlich und üblich.

Die militärischen Gesichtspunkte, welche der Herr Reichskanzler geltend macht, sind in der Hauptsache in den letzten Wochen und Monaten in der Regierungspresse bereits vor der Oeffentlichkeit erörtert worden. Es ist die alte Ueberschätzung der militärischen Kräfte und die alte Unterschätzung der wirthschaftlichen und anderen Kräfte der Nation, welche durch solche Vorlagen geschädigt werden. (Sehr richtig! links.)

Wenn wir heute in eine weitere Diskussion eintreten, so geschieht dies einfach aus dem Grunde, weil wir schon in den nächsten Tagen doppelt Gelegenheit haben, bei der ersten Berathung dieser Vorlage dem Herrn Reichskanzler eine volle und ganze Antwort zu theil werden zu lassen.

Ich mache diese Bemerkung zu dem Zwecke, um zu verhindern, daß in Zukunft aus dem heutigen ungewöhnlichen Vorgange irgend ein Präjudiz für die Rechte der Reichstagsabgeordneten erwachsen könnte, nach solchen Reden unmittelbar das Wort hier zu ergreifen. (Bravo! links.)

Präsident **v. Levetzow** konstatirt, daß er, wenn Jemand den Wunsch gehabt hätte, auf die Worte des Reichskanzlers materiell etwas zu erwidern, er das Wort nicht versagt haben würde.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr: Interpellation Petri, Rechnungssachen, Vorlage wegen Verlängerung des Zollprovisoriums mit nicht meistbegünstigten Staaten.

Schluß gegen 4 Uhr.

Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung vom 23. Nov., 11 Uhr.

Die erste Berathung des Gesetzentwurfs betr. **Aufhebung dirrkter Staatssteuern** wird fortgesetzt.

Ab. Dr. **Friedberg** (nl.): Mit der bisherigen Doppelbesteuerung des Grund- und Gebäudebesitzes müssen wir aufhören, ebenso bin ich damit einverstanden, daß die Ertragssteuern ganz den Gemeinden überwiesen werden. Wenn einzelne Grundbesitzer dadurch Vortheile erlangen, so kann uns das nicht hindern, die Reform doch vorzunehmen. Allerdings werden die Gutsbezirke große Vortheile erlangen, aber man möge doch bedenken, daß sie noch erhebliche kommunale Aufwendungen haben, die doppelt so groß sind, als die Entlastungen, die ihnen zu theil werden.

Was gegen diese Reform etwa einzuwenden wäre, ist, daß die jetzige Zeit allerdings bei der ungünstigen Finanzlage des Staates dazu nicht geeignet ist. Insofern bin ich ein parteiler Gegner der Vorlage. Auch insofern ist der jetzige Zeitpunkt zu der vorliegenden Reform ungeeignet, als gleichzeitig im Reichstage neue Steuern in Aussicht stehen. Namentlich wird die neue Börsensteuer wieder das Kapital treffen. Man meint, das Kapital müsse stärker herangezogen werden. Aber das Wirthschaftsleben des Staates beruht doch auf der Kapitalbildung. Es wäre besser gewesen, wenn man vor der Einbringung dieser Vorlage die Frage der indirekten Besteuerung in den Kommunen geregelt hätte. Diese Art der Besteuerung scheint sich doch des Beifalls in allen Kommunen zu erfreuen. Erhebt doch Berlin jährlich 11 Millionen an Miethssteuern, und gerade die Freisinnigen in der Stadtverwaltung von Breslau haben sich der Aufhebung der Schlachtsteuer widersetzt. Diese Steuern haben aber den Charakter einer Verbrauchssteuer.

Gegen die Vermögenssteuer lassen sich viele Bedenken geltend machen. Sie wird um so drückender wirken, nachdem die höchsten Einkommen schon mit 4 Proz. zur Staatssteuer herangezogen worden sind. Sie hat aber auch einen sozialistischen Charakter, namentlich wegen des lästigen Eindringens in die Privatverhältnisse. Wie kann man den kleinen Gewerbetreibenden, welche Papiere haben, zumuthen, 14 Tage lang den Kurszettel zu studiren, um den Werth der Papiere nach den Bestimmungen des Gesetzes angeben zu können? Das Problem zwischen fundirtem und unfundirtem Einkommen zu überschreiten, ist mit der Aufpfropfung einer Vermögenssteuer auf die Einkommensteuer nicht gelöst. Es ist überhaupt nicht zu lösen, denn wenn eine solche genaue Unterscheidung gemacht werden könnte, so wäre die soziale Frage gelöst. Viel eher als eine Vermögenssteuer könnte noch eine Erbschaftssteuer befürwortet werden, und es brauchten bei derselben durchaus nicht hohe Prozentsätze erhoben zu werden. Bei einem durchschnittlichen Prozentsatz von 1,47, wie er in Dänemark erhoben wird, würden in Preußen 25 Millionen herauskommen. Sollte die Erbschaftssteuer auf keinen Beifall finden, so könnte man innerhalb der Einkommensteuer eine Reform in der Weise vornehmen, daß das Arbeitseinkommen ein geringsten Prozentsatz, das gemischte Einkommen einen höhern und das reine Renten-Einkommen den höchsten Satz zahle.

Vor allem aber muß ich meine Zustimmung zu der geplanten Reform von der Neuregelung des Wahlrechts abhängig machen. Ein Wahlsystem, wie es durch dieses Gesetz zustande gebracht würde, wonach auch fingirte Beträge angerechnet werden, wäre grundverkehrt. Ferner wäre ein Verwendungsgesetz für die 120 Millionen Ueberschüsse aus der Einkommensteuer unumgänglich nothwendig. Der Vorschlag des Abg. Huene, die Gewerbe- und Bergwerksteuer von dem Plane auszunehmen, wäre für uns gleichbedeutend mit einem Aufgeben des ganzen Planes. Denn dann bliebe ja nichts übrig als ein Geschenk an die Grundbesitzer.

Finanzminister Dr. **Miquel**: Darin stimme ich dem Vorredner bei, daß ein Außerachtlassen der Gewerbe- und Bergwerksteuer mit einem Fallenlassen des ganzen Planes identisch wäre, denn damit bliebem wir in dem System der staatlichen Ertragssteuern zur Hälfte stecken. Wir würden damit auch auf die Unterscheidung zwischen fundirtem und unfundirtem Einkommen verzichten. Vor allem muß gerade die Bergwerkssteuer beseitigt werden.

Die Regierung hat niemals die Absicht gehabt, besonders auf das Kapital ihre Hand zu legen. Sie will das fundirte Einkommen jeglicher Art gleichmäßig treffen. Gerade der kurz skizirte Plan des Vorredners würde eine einseitige Belastung des Kapitals zur Folge haben. Die Frage, inwieweit den Kommunen die indirekte Besteuerung gestattet werden soll, ist innerhalb der Regierung eingehend berathen worden. Aber die Regelung kann nicht gleichmäßig durch die ganze Monarchie, sondern muß lokal erfolgen. Freilich ist es auch der Erwägung werth, ob nicht die für einige Gegenden bestehende gesetzliche Befugniß der Erhebung einer Gebäudesteuer auf das ganze Land ausgedehnt werden müßte.

Wenn der Staat auf die Realsteuern verzichtet, so kann er doch nicht auf jede Verbindung mit diesen Objekten verzichten. Der Satz: die Personalsteuern dem Staate, die Realsteuern den Gemeinden kann nicht voll erfüllt werden. Der Satz bedeutet nur ein Ziel, ein Prinzip. Die Kommunen werden auf Personalsteuern nicht verzichten können. Gewiß hat der Vorredner darin recht, daß eine genaue Unterscheidung zwischen fundirtem und unfundirtem Einkommen nicht möglich sei. Aber die Vermögenssteuer ist eine annähernd genaue Verkörperung dieses Prinzips. Im übrigen wird durch die Vermögenssteuer nicht blos das Kapital, sondern auch der Grundbesitz in gleicher Weise belastet. Wollen Sie aber diese Art der Lösung nicht, so werden wir zweifellos auf die Nothwendigkeit hingedrängt, eine Kapitalrentensteuer zu erheben. Ob in der Deklaration Milderungen eintreten können, mag in der Kommission erwogen werden. Ein Wahlgesetz wird sehr bald vorgelegt werden, ebenso ein Verwendungsgesetz für die thesaurirten Ueberschüsse aus der Einkommensteuer.

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (kons.): Die Rede des Abg. Herzfurth ist eine sehr nützliche und gute Folie für die Regierung gewesen. Seine Uebereinstimmung in der Frage der Vertheilung der Kommunalsteuern mit dem Abg. Richter rechtfertigt unsere gegnerische Stellungnahme gegen ihn als Minister. Die Vermögenssteuer ist nicht der einzige Weg, den Einnahmeausfall zu ergänzen. Sie ist agrarischer und doktrinärer Natur. Die Kommission muß etwas Besseres suchen, namentlich nach der Richtung, daß die Geheimhaltung der Einschätzungsergebnisse gesichert wird. (Beifall rechts.)

Abg. **Hansen** (freik.) steht auf dem Standpunkt des Abg. Frhr. v. Zedlitz.

Abg. Dr. **Krause** (natlib.) steht durchaus auf dem Boden des Steuerreformplans. Einen agrarischen Charakter trage derselbe nicht, obwohl eine Bevorzugung der Gutsbezirke gegenüber den Gemeinden eintreten werde, weil die letztern die Gemeindelasten aufzubringen hätten, erstere nicht. Die Vermögenssteuer könne in der vorliegenden Form nicht Gesetz werden. Jetzt, wo die Doppelbesteuerung beseitigt werden solle, müsse auch die Vorwegbesteuerung der Aktiengesellschaften aufgehoben werden.

Abg. Dr. **Meyer** (Berlin, freis.) hält es für einen Fortschritt in unsern politischen Sitten, daß ehemalige Minister als Abgeordnete ihre frühern Ansichten darlegen. Das sollten auch die ehemaligen Botschafter und Gesandten thun, anstatt im Lande unkontrollirbare Thatsachen zu verbreiten. Mit der Vermögenssteuer gebe man der Regierung eine neue unbegrenzte Steuer in die Hand. Es müßten Bestimmungen getroffen werden, damit nicht etwaige Ueberschüsse zu unüberlegten Ausgaben verwandt würden.

v. Kröcher (kons.) betont, daß der Grundbesitz keinen wesentlichen Vortheil von der Realsteuer-Ueberweisung habe. Das Vermögen aus Grundbesitz werde von der Vermögenssteuer härter belastet als das Kapitalsvermögen. Ohne ein Wahlgesetz sei ihm trotz seiner im allgemeinen günstigen Stellungnahme die Reform unannehmbar. (Beifall rechts.)

Dr. **Bachem** (Centrum) hält die Steuerreform ohne Wahlgesetz nicht annehmbar, selbst auf die Gefahr hin, daß sie in den nächsten zwei Jahren nicht zu stande kommt. Die Ueberweisung der Gebäudesteuer könne auf ein bis zwei Jahre vertagt werden. Auch die Bergwerksteuer dürfe nicht ohne weiteres vernichtet und an ihre Stelle seitens der Gemeinden die Gewerbesteuer gesetzt werden. Die Vermögenssteuer sei in der vorliegenden Form unannehmbar.

Abg. **Schröder** (Pole) spricht sich für die Reform aus, hat jedoch Bedenken gegen die Vermögenssteuer.

Hierauf wird die Erörterung geschlossen.

Nach persönlichen Bemerkungen vertagt sich das Haus auf Donnerstag 11 Uhr (Vermögenssteuer, Kommunalsteuerentwürfe).

Schluß nach 4½ Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18921124020/fragment/page=0002